

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 Mk. 45 Pf., in Altensteig 12 Mk. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pf., die Restzeile 1 Mk. 50 Pf. Mindestbetrag eines Auftrags 2 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug ist der Rabatt bündig.

Nr. 80.

Altensteig, Freitag den 8. April.

Jahrgang 1921.

## Der Bergarbeiterstreik in England.

Die englische Regierung hat ihre Oberaufsicht über die Kohlenindustrie am 1. März aufgehoben, die sie gleich zu Beginn des Kriegs eingeführt hatte, und gleichzeitig ist die Arbeit in allen den Kohlengruben, die damit in den Zustand vor dem Krieg zurückzuführen sollten, eingestellt worden, womit das Signal zu einem industriellen Kampf gegeben worden ist, welcher der größte und folgenreichste werden kann, den Großbritannien je erlebt hat.

Gesichtlich sollte die Aufsicht der Regierung am kommenden 1. August aufhören; die Regierung hat aber die Aufhebung durch ein besonderes Gesetz verfrüht und zwar mit der Begründung, daß die Oberverwaltung für die Staatskasse durch die allgemeine wirtschaftliche Störung aus einer Quelle des Gewinns eine Quelle des Verlusts geworden sei, wie sie sie denn allein im Februar 4536 396 Pfund gekostet hat. Zu diesen finanziellen Gründen sind aber offenbar auch noch politische gekommen, und sie sind es, welche den ganzen Arbeiterdreiband mobil zu machen drohen. Die Regierung ist offenbar der Überzeugung, daß die heutige wirtschaftliche Störung ohne eine allgemeine und eingreifende Herabsetzung der Löhne von ihrer Kriegshöhe nicht gehoben werden könne, und da Kohle der wichtigste Rohstoff aller Industrien ist, hat sie beschlossen, den Kampf gegen die heutige Lohnhöhe damit zu beginnen, daß sie die Krise in der Kohlenindustrie beschleunigte. Dabei spielt noch mit, daß ein solcher Kampf in das neue Parteiprogramm der Regierung paßt, das, wie Lloyd George letzte Reden zeigten, in den nächsten Wahlen möglichst alle anderen Bevölkerungsklassen gegen die Industriearbeiter mobil machen will. Die Regierungspresse bemüht sich natürlich, die ganze Verantwortung für diese neue Krise den Grubenarbeitern aufzuladen und in Bergesseheit zu bringen, daß ihre eigene äußere und innere Politik zum großen Teil an ihr schuld ist. Die äußere, weil sie durch ihre rücksichtslose Unterstützung der französischen Politik gegen Deutschland die englische Kohlenausfuhr eines ihrer besten Abnehmer, nämlich Frankreichs, das jetzt von deutschen Kohlen froh ist, beraubt und zugleich die wirtschaftliche Erholung Europas unmöglich machte und dadurch die allgemeine Geschäftstochung verschuldete, welche auf die Kohlenindustrie im Verein mit den anderen britischen Industrien traf. Die innere, weil sie Arbeitgebern und -nehmern einen direkten finanziellen Anreiz gab, die Kohlenförderung möglichst zu heben, mit dem Ergebnis, daß sich große Vorräte anhäufeten, die weit über die heutige Nachfrage hinausgehen, und daß Gruben in Betrieb gestellt wurden, die sich privatwirtschaftlich nicht rentieren. In dieser Schuld der Regierung liegt die moralische Rechtfertigung für die Forderung des Grubenarbeiterverbandes, die Regierung solle der Kohlenindustrie über die heutige schwere Störung, welche er für vorübergehend hält durch eine Fortsetzung der staatlichen Unterdrückung weghelfen.

Mit der Ablehnung dieser Forderung und dem plötzlichen Aufhören der staatlichen Kontrolle ist der heutige Kampf unvermeidlich geworden. Die Grubenbesitzer haben in den neuen Lohnbedingungen, vom 1. April ab mit Bezug auf die Verteilung des Ertrages zwischen ihnen und den Arbeitern keine an sich unbilligen Bedingungen gewährt. Aber sie mußten von ihrem Standpunkt aus verlangen, daß die wieder ganz auf ihre eigenen Füße gestellte Industrie sich auch rentiere, und das konnte sie nur, wenn man zu dem vor dem Krieg geltenden Grundgesetz zurückkehrte, daß die Löhne nach der Ergiebigkeit der Gruben der verschiedenen Bezirke sich ändern. Nach ihrem Vorschlag soll ihr Mindestgewinn 17 Prozent des Gesamtertrags der bezahlten Löhne betragen, während der Grubenarbeiterverband ihn auf 10 Prozent festsetzen wollte, und von dem Ueberschußgewinn, der erzielt würde, nachdem beide Parteien ihren festen Anteil erhalten hätten, wollten sie den Arbeitern 80 Prozent zugestehen, während diese 90 Prozent verlangten. Ueber diesen Unterschied hätte man sich vielleicht geeinigt. Dagegen erwies sich die Klust als unüberbrückbar, die sich dadurch auftrat, daß die Rückkehr zum rein privatwirtschaftlichen Betrieb den Arbeitern nicht nur Lohnsenkungen zumutete, die für gewisse Bezirke einfach verblüffend waren — so für Südwales

7 Schilling den Tag, für Schottland 4 Schilling, für Northumberland und Durham 5—8 Schilling, für Lancashire 4 1/2 Schilling —, sondern sie auch alles dessen zu berauben drohte, was sie auf dem Weg zu ihrem Endziel, der Verstaatlichung oder „Sozialisierung“ ihrer Industrie erreicht hatten, nämlich des nationalen Lohnrats, der Forderung eines nationalen Mindestlohns für alle Arbeiter, die gleiche Arbeit verrichten, mit einer nationalen Zusammenordnung der Betriebsgewinne, um die ärmeren Gruben in Stand zu setzen, diesen nationalen Lohn zu zahlen. Von dieser Forderung eines nationalen Lohns wollte der Grubenarbeiterverband unter keinen Umständen abgehen, und wenn die Gefahr eines Eingreifens der Eisenbahner und Transportarbeiter groß geworden ist, so liegt das in ihrer Befürchtung begründet, daß eine Niederlage der Grubenarbeiter mit der Frage eines nationalen Lohns auch die nationale Lohnregelung gefährden würde, die sie selbst durchgesetzt haben. Dazu kommt das Gefühl, daß es sich um einen entscheidenden Kampf handelt, dessen Ausgang in Großbritannien die ganze Lohnbewegung während der nächsten Jahre bestimmen wird.

**London, 7. April.** Im Unterhaus erklärte der neue Schatzkanzler Horne, er hoffe auf eine Verständigung im Bergarbeiterstreik, auch wenn die Kontrolle und finanzielle Unterstützung des Bergbaus durch die Regierung wegfalle. Der Arbeitervertreter Clynes führte Beschwerde, daß die Regierungskontrolle so plötzlich aufgehoben werde. Thomas sagte, das sei der erste Versuch, die Lebenshaltung aller Arbeiter in England herabzudrücken. Die Eisenbahner seien überzeugt, daß nach dem Bergarbeiterstreik sie an die Reihe kommen werden. Die ganze organisierte Arbeiterschaft werde die Bergarbeiter unterstützen. Der Arbeitervertreter Horthorn erklärte, an der Fortführung der britischen Industrie sei das Abkommen von Spa schuld, das Frankreich und Belgien mit Kohlen überschwemmte und die englische Kohlenausfuhr vernichte.

Lloyd George teilte mit, er habe soeben erfahren, daß bei den Verhandlungen der Grubenbesitzer mit den Arbeitern die Vertreter der Letzteren es abgelehnt haben, die Leute an den Wasserpumpen der Gruben anzuzweifen, daß sie ihren Dienst während der Verhandlungen wieder aufnehmen. Solange dies nicht geordnet sei, seien Verhandlungen und die Vermittlung der Regierung unmöglich. Das Unterhaus nahm darauf die Notstandsverordnungen, die der Regierung außerordentliche Vollmachten erteilen, mit 270 gegen 60 Stimmen an.

Im Oberhaus erklärte Lord Curzon, der Streik könne sich zu einer Gefahr für das Reich auswachsen, er sei begleitet von Gewalt und Klassenkampf. Keine Regierung könne einer solchen Drohung nachgeben. Lebensmittel seien reichlich vorhanden. Die Regierung könne die finanzielle Unterstützung der Kohlenindustrie nicht länger fortsetzen. Ein Nachgeben in diesem Punkt sei unmöglich. Das Oberhaus stimmte den Notstandsverordnungen zu.

**London, 7. April.** In den schottischen Gruben kam es zu schweren Unruhen als die Polizei zum Schutze der Arbeitswilligen einschritt. In Fife wurde die ganze Nacht hindurch heftig gekämpft. Die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Die Widstanlagen sind vollständig zerstört.

## Neues vom Tage.

### Erfahrung der Entwaffnung.

**Berlin, 7. April.** Die Reichsregierung hat die Vertretungen in Paris, London und Rom angewiesen, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen darauf hinzu lenken, daß der noch kaum überwundene Aufruhr in Mitteldeutschland die Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren außerordentlich erschwere, da er mindestens bei den Wehrleuten die Ueberzeugung gestiftet habe, daß der Selbstschutz notwendig sei. Die Waffenabnahme begonne daher besonderen und begrifflichen Widerständen.

### Die Regierungskoalition in Preußen.

**Berlin, 7. April.** Die „Post“ meldet, daß die Bildung der Regierungsmehrheit in Preußen kaum mehr in dieser Woche zustande kommen werde. Die Wahl des Ministerpräsidenten soll am Samstag vorgenommen werden. Er werde wahrscheinlich vom Zentrum

gestellt. In Betracht komme der dem linken Flügel des Zentrums angehörende bisherige Wohlfahrtsminister Arbeitersekretär Stegerwald oder der Justizminister Am Jahnhoff; der Ministerpräsident werde dann die einzelnen Ministerien bezeugen. Die sozialdemokratische Fraktion gab der Deutschen Volkspartei schriftlich die Bedingungen bekannt, die sie für die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition stellt: 1. Erklärung, daß die D. V. keine monarchistischen Pläne verfolge, 2. Fortführung der inneren Demokratisierung Preußens wie bisher, 3. Verpflichtung, daß in der Vermögensabfindung der Hohenzollern über den von Südekum aufgestellten Plan nicht hinausgegangen werde. Die Deutsche Volkspartei gab die Antwort, sie habe für die republikanische Verfassung in Preußen gestimmt. Das Recht, eine Änderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege anzustreben, könne keiner Partei verweigert werden. Die zweite Bedingung wurde abgelehnt wegen der Bemerkung „wie bisher“, ebenso die dritte, weil die Abfindung keine parteipolitische, sondern eine privatrechtliche Angelegenheit sei.

### Nachklänge des Aufruhrs.

**Magdeburg, 7. April.** Oberpräsident Hering hat die Landräte aufgefordert, gegen die beabsichtigte Bildung von Selbsthelferorganisationen der Landwirte gegen die Kommunisten scharfsinnig vorzugehen.

**Halle, 7. April.** Bei Bitterfeld wurden 11, bei Torgau 6 bewaffnete Kommunisten ergriffen, die geraubte Wertpapiere und Schmucksachen im Wert von 450 000 Mark bei sich führten.

**Leipzig, 7. April.** Nachdem die Leipziger Polizei kürzlich zwei Rädelsführer des Aufruhrs in den Leunawerken verhaftet hatte, den Kommunisten Franz Uebelmann, bei dem falschen Namen Franz Kempin führte, und Max Brenzlau, gelang es ihr gestern, auf dem Bayerischen Bahnhof die beiden noch fehlenden Führer, den 27jährigen Fabrikarbeiter Karl Haase aus Königsee i. Th. und den 27jährigen Arbeiter Hermann Gierth, festzunehmen. Beide trugen die gestohlenen Kleider von Ingenieuren der Leunawerke und führten falsche Pässe, mit denen sie ins Ausland flüchten wollten. Uebelmann hat mit einigen Kommunisten die Geldbörse der Leunawerke erbrochen und 500 000 Mark geraubt. Bei seiner Verhaftung fand man noch 6000 Mark bei ihm vor.

**Hamburg, 7. April.** Die Bürgerschaft beschloß gegen die Stimmen der U.S.P. und Kommunisten, die Strafverfolgung gegen drei kommunistische Abgeordnete der Bürgerschaft, die von der Staatsanwaltschaft wegen Beteiligung an dem Aufruhr am 3. März verfolgt werden, zu genehmigen. Die Kommunistin Gutmann versuchte die Abstimmung durch eine fünfminütige Rede hinauszuziehen. Ihr wurde jedoch das Wort entzogen.

### Kaiser Karl in Luzern.

**Luzern, 7. April.** Der frühere Kaiser Karl ist gestern nacht in Luzern angekommen, und im Hotel National abgestiegen. Die schweizerische Regierung hat ihm die Rückkehr nach Bruggen am Genfer See untersagt.

### Erklärung Teleki.

**Budapest, 7. April.** In der Nationalversammlung teilte Ministerpräsident Graf Teleki mit, Erzönig Karl habe gestern Ungarn verlassen. Der ehemalige König habe ausschließlich unter dem Einfluß fremder Ratgeber gehandelt. Nach Kenntnisnahme der wahren Lage habe er freiwillig das Land verlassen, wozu er hauptsächlich durch die Note der Botchafterkonferenz veranlaßt wurde, die die Gefahr einer etwaigen Wiedereinführung der früheren Monarchie betonte. Die Regierung handelte nach reiflicher Ueberlegung der tatsächlichen Sachlage, ohne dadurch die Rechtmäßigkeit des fremden Einflusses anzuerkennen. Das Selbstbestimmungsrecht der ungarischen Nation in der Thronfrage werde weder durch den Vertrag von Trianon, noch durch den Völkerbündnisvertrag geschmälert. Die Haltung der Regierung war daher das Ergebnis eines unüberwindlichen Zwangs. Die innere Wiederherstellung habe glänzend die Feuerprobe schwerster Umstände bestanden.

### Sehr einfach.

**Genf, 7. April.** Das Sekretariat des Völkerbündnis hat, wie das „Journal“ meldet, den deutschen Widerspruch gegen die vertragswidrige Beizung des rechtsrheinischen Gebiets damit abgetan, daß es erklärte, die Streitfrage gehöre nicht vor den Völkerbund, da Deutschland dem Bund nicht anhöre. (Das wird man sich merken muß.)

sen, denn die ungemäße Folgerung dieser Ablehnung ist, daß der Völkerbund kein Recht hat, sich in Angelegenheiten von Staaten einzumischen, die nicht Bundesmitglieder sind.

#### Christliche Arbeiterpartei in Italien.

Rom, 7. April. (Stefani.) Einige radikale Elemente der Volkspartei haben die Gründung einer neuen christlichen Arbeiterpartei beschlossen.

Die Kammer ist aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 15. Mai statt.

#### Sinnlose Zerkünderung.

Berlin, 7. April. Der Botschafterrat in Paris hat das Ersuchen der Reichsregierung, die den augenblicklichen Bedarf übersteigenden Bestände an Ersatzteilen und Halbfabrikaten für Heeresmaterial bis zum eintretenden Bedarf im besetzten Gebiet lagern zu lassen, abgelehnt und die sofortige Vernichtung der Bestände verlangt. Die Reichsregierung hat in einer Note die Ueberwachungskommission darauf aufmerksam gemacht, daß damit Werte von über 4 Milliarden ohne militärische Notwendigkeit vernichtet werden und daß die Regierung genötigt werde, den Reichshaushalt in den kommenden Jahren mit entsprechenden höheren Summen für den Bedarf der Wehrmacht zu belasten, die hätten erspart (und für die Kriegszuschüßung verwendet) werden können. Die Vernichtung der Bestände ist nunmehr angeordnet worden.

#### Aus dem Kriegsgefangenschaftswesen.

Berlin, 7. April. In der Wohnung des wegen zahlreicher „Unregelmäßigkeiten“ verhafteten Direktors der Kleidungsverwertungs-Gesellschaft wurde in einem versteckten Kasten eine Million Mark gefunden. Die Geschäftsbücher der Gesellschaft wurden beschlagnahmt.

#### Die Gegenleistung.

Paris, 7. April. Jakob Bainville sagt in der „Aberthe“, die 50prozentige Abgabe von dem Verkaufspreis der deutschen Waren müsse so gehalten werden, daß sie eine Art Blockade über Deutschland darstelle. Sie müsse auch von Polen, der Tschechoslowakei und Südfrankreich angewandt werden. Frankreich habe nur Stellung in der ungarischen Angelegenheit genommen, um den Regierungen von Prag und Belgrad entgegenzukommen. Als Gegenleistung könne man eine Beteiligung dieser Staaten an den Sanktionen gegen Deutschland verlangen.

#### Es könnte wieder ein „Napoleon“ kommen.

London, 7. April. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, die Friedensentscheidung des Senats Krog werde die Erklärung einer neutralen Politik Amerikas in den Angelegenheiten der Welt bedeuten und sie werde ein Gegenstück zur Monroe-Doktrin sein. (Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dez. 1823, daß die Vereinigten Staaten keine Einmischung europäischer Staaten in die inneren Angelegenheiten der Staaten des amerikanischen Erdteils oder die Einführung einer Monarchie in Amerika dulden werden.) Der französische Sondergesandte Viviani habe gebeten, daß in der Entschliessung ausdrücklich ausgesprochen werde, daß die Vereinigten Staaten sich verpflichten, Frankreich zu Hilfe zu kommen, wenn es von Deutschland angegriffen werde. Darauf habe man Viviani zu verstehen gegeben, auch Frankreich habe einen Napoleon gehabt und es könnte wieder einen Napoleon bekommen. Dann würde die Zivilisation nicht von Deutschland, sondern von Frankreich bedroht und die Vereinigten Staaten müßten sich in diesem Fall auf die Seite Deutschlands gegen Frankreich stellen, um die Zivilisation vor Vernichtung zu bewahren. Daher sei es auch nicht ratsam, in der Entschliessung irgend eine Nation zu nennen, sie müsse ganz allgemein gehalten sein. Die Vereinigten Staaten müssen sich ihre volle Handlungsfreiheit wahren. Als Viviani noch einen letzten Versuch machte, die Bestätigung des von Wilson zugesagten englisch-französisch-amerikanischen Schutzbündnisses zu erlangen, wurde ihm deutlich erklärt, daß daran nicht zu denken sei.

Paris, 7. April. Der „Matin“ berichtet, Viviani habe gestern Washington verlassen und werde nur noch einmal kurz zurückkehren, um sich zu verabschieden. Inzwischen werde er in Amerika öffentliche Vorträge halten und vor dem Volk die Wünsche und die Dankbarkeit Frankreichs zum Ausdruck bringen.

#### Amerikanische Kohlen in Europa.

London, 7. April. Nach Ansicht der Vertreter der amerikanischen Bergwerke in Europa sollen die Ausschichten für die Abgabemöglichkeit amerikanischer Kohlen so geregelt sein, daß es unternommen wird, Kohlenlager in deutschen Seehäfen und in den Hauptindustriestädten Hollands, Belgiens, Frankreichs und der Schweiz anzulegen.

#### Amerikanische Note an die Verbündeten.

London, 7. April. Reuters meldet aus Washington: Die Ver. Staaten haben gleichzeitig Note an England, Frankreich, Italien und Japan gerichtet, die nicht nur die Frage der Mandate behandeln, sondern alle amerikanischen Rechte, die sich aus dem Kriege ergeben haben. Die Noten können als eine Erklärung über die Politik der neuen amerikanischen Regierung angesehen werden und wiederholen, daß es das Recht der Ver. Staaten sei, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, trotzdem sie den Friedensvertrag nicht unterschrieben hätten. Sie erklären insbesondere, daß die Regierung der Ver. Staaten darauf bestehen würde, daß sie kein Recht und kein Interesse an der Insel Yap verloren haben und daß sie die Zuteilung der Insel an Japan oder die Rechtsgültigkeit eines Mandats Japans nicht anerkennen könne.

#### Kapitänleutnant v. Demming erschossen.

Breslau, 7. April. Nach einer Meldung der „Volkzeitung“ aus Gleiwitz wurde von einem polnischen Spion bei der Geheimpolizei der Verbandskommission angezeigt, daß in der Wohnung des Landgerichtsrats Knoll der deutsche Kapitänleutnant v. Demming eingekerkert sei, gegen den angeblich der Verdacht vorlag, daß er einer „Geheimorganisation“ zur Selbsthilfe gegen den polnischen Terror angehöre. Französische Soldaten umstellten die Wohnung. Mehrere Geheimpolizisten in Zivil mit zwei städtischen Polizeibeamten in Uniform drangen in die Wohnung ein. Als die Zivilisten der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht nachkamen, schoß Demming und verletzte drei von ihnen lebensgefährlich. Der vierte, ein französischer Kriminalbeamter, trette Demming mit drei Schüssen von hinten nieder.

#### Scharfe Rede des Ministers Graf.

Budapest, 7. April. Der Minister des Äußern Graf Graf erklärte, die Frage der Beizung des ungarischen Throns sei eine innere Angelegenheit. Es sei beifollos in der Geschichte, daß fremde Regierungen unter Androhung des Kriegsfalls einen Staat, dessen Unabhängigkeit sie selbst vertragsmäßig anerkannt haben, zwingen wollen, nicht nur bei der Wahl seiner Regierungsform und seines Herrschers ihre Launen und angeblichen Interessen zu berücksichtigen, sondern auch jemanden, der als Ungar zum Aufenthalt auf ungarischem Boden berechtigt ist, gegen die bestehenden Gesetze zu entfernen. Noch merkwürdiger sei, daß die tschechisch und slowakische Regierung gleichzeitig von der Regierung forderte, König Karls Rückkehr auf Schweizer Gebiet zu untersagen, also die Verwirklichung dessen, was sie forderten, vereiteln wollten. Wenn der tschechisch Minister des Äußern, Benesch, sage, Ungarn müßte das aufgegeben werden, was man Demokratie nennt, so müsse man entgegen, es sei eine Verhöhnung demokratischer Denkungsart, wenn man jemanden keine Aufassung aufzwingen wolle. Der Zustand könne nicht andauern, daß eine kleine Nation völlig entwaffnet und hilflos gemacht und unter Verpötlung aller vertragsmäßigen Rechte verhindert werde, sich im eigenen engeren Haus nach eigener Auffassung einzurichten.

Magdeburg, 7. April. Die große Indertasslerie Fr Meyer u. Sohn A.-G. in Tanggründe steht in Klammen.

London, 7. April. Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und den Bergleuten sind gescheitert. Die Bergleute werden infolgedessen mit den Bergwerksgewerkschaften nicht zusammenkommen.

Frankfurt a. M., 7. April. Wie jetzt bekannt wird, war zur Zeit des mitteldeutschen Aufstahrs auch hier eine sorgfältig vorbereitete Putschorganisation vorhanden, von der aber rechtzeitig 15 Mitglieder verhaftet werden konnten. Ebenso wurden erhebliche Mengen Sprengstoff, Bomben, Handgranaten, Waffen und Munition beschlagnahmt. Bei einigen Führern des geplanten Aufstahrs handelt es sich um lang gesuchte Einbrecher.

Konstantinopel, 7. April. (Havas.) Die letzten türkischen Berichte melden, daß die Griechen Beussaräumen, weil die Türken sich dieser Stadt in Eilmärschen näherten.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. April 1921.

—r. Von der Fischeret. Der Würt. Landesfischereiverein hält seine schon, s. emähe Hauptversammlung (XXVII. Würt. Fischeretät) am Sonntag, 1. Mai d. J., vormitt. 11 Uhr im Rathaus in Orb ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist besonders hervorzuheben ein Vortrag des neu-nannten Würt. Landesfischereivereinspräsidenten Dr. Braun über: „Bewirtschaftung von Forellengewässern“. Anmeldung für Essen und Quartier sind die 25 d. M. an Dozent Glanderer in Stuttgart, Akademie, zu richten.

—Komet 1921 a. Am 14. März wurde von Reich in Johannesburg (Südafrika) ein neuer Komet aufgefunden, der als erster des Jahres 1921 die Bezeichnung „1921 a“ führt. Zur Zeit seiner Entdeckung fand der Komet im Sternbild des Steinbocks; er war lichtschwach und nur mit Hilfe des Fernrohrs auffindbar. Am 18. und 25. März wurde die Stellung des Kometen in Ägier festgelegt. Der Komet hat eine stark nordwärts gerichtete Bewegung. Der Sternkundliche Ebell in Kiel hat eine parabolische Bahn des Kometen berechnet. Nach dieser steht der Komet in den ersten Tagen des April zwischen den Sternbildern des Wassermanns und des Antinous, Mitte April im Sternbild des Delfin. Der Komet nähert sich auf seiner Bahn gleichzeitig der Sonne und der Erde; am 10. Mai ist er der Sonne am nächsten. Infolge seiner Annäherung an Erde und Sonne nimmt die Helligkeit in den Monaten April und Mai dauernd zu, und es ist zu erwarten, daß der Komet im Mai auch mit bloßem Auge zu sehen sein wird.

—Tierseuchenstand in Württemberg. Wie das Stat. Landesamt mitteilt, ist die Maul- und Klauenseuche in der zweiten Hälfte des Monats März weiter zurückgegangen. Zu Ende des Monats waren noch 47 Oberämter mit 98 Gemeinden und 263 Gehöften verheudet, gegenüber 53 Oberämtern mit 127 Gemeinden und 602 Gehöften am 15. März. Neu aufgetreten ist die Seuche in der Berichtzeit in 27 Gemeinden mit 83 Gehöften. Die Pferdeberäude ist in vier Gemeinden, die Schafräude in sechs Gemeinden neu aufgetreten.

—Teuerungszulage für Hinterbliebene im Staatsjahr 1921. In einem Erlaß teilt der Reichsminister der Finanzen mit, daß die Teuerungszulage für Empfänger der Veteranenbeihilfe, die 1920 80 Mark betrug — vorbehaltlich der Annahme durch die greifgebenden Körperchaften — für das Staatsjahr 1921 auf 150 Mark heraufgesetzt werden soll. Damit werden die Bezüher der Reichsbeihilfe für die Hinterbliebene insgesamt 300 Mark jährlich erhalten. Der Kysthändler-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände wird seine Bemühungen fortsetzen, den von ihm geforderten Betrag von 600 Mark jährlich schließlich noch durch Reichstagsbeschluß durchzusetzen.

—Die neuen deutschen Marken. Die neuen deutschen Reichsmarken, die demnächst zur Ausgabe kommen, sind sämtlich aus dem 1919 ausgeschriebenen Wettbewerb, dem beschränkten ebenso wie dem allgemeinen hervorgegangen. Die Zahlenmarken für die kleineren Werte, 5—30 Pfg., stammen von Prof. Willi Weiger-München, der dafür den ersten Preis des beschränkten Wettbewerbs erhalten hat. Verändert ist gegen den Wettbewerbentwurf nur, daß die Bezeichnung „Deutsches Reich“ jetzt nicht mehr in schwarzer Antiqua auf weißem Grunde steht, sondern weiß in einer edigen deutschen Schrift auf dunklem Grunde. Die Marken von 40 bis 90 Pfg. wurden nach Entwürfen eines anderen Münchener Künstlers, Paul Reu, ausgeführt, der dafür gleichfalls in dem beschränkten Wettbewerb ausgezeichnet worden war. Es sind darauf bildmäßige Darstellungen mit je 3 Pfg. auf das Arbeitsleben des deutschen Volks Bezug nehmen: Bauer im Bergwerk, Männer in der Schmiede, auf dem Felde. Für die Markwerte von 1 1/4, 2 und 4 Mark wurde der Entwurf des Kölner Künstlers Willi Szesztoft gewählt, in einer ovalen Umrahmung ein Posthorn. Dagegen zeigen die höheren Markwerte (5 und 10 Mark) das schon bisher eingeführte große Breitformat. Sie stammen von Hermann Haas in München und sind rein ornamental behandelt. Szesztoft ebenso wie Haas waren bei dem allgemeinen Wettbewerb allerdings nur mit einem vierten Preise gekrönt worden. Ein eigenes Markenbild werden Postkarten und Kartenbriefe zeigen. Hierfür hat der Reichskaufmann ein von Walter Schmarrenberger-München geschaffenen Entwurf ausführen lassen: in einer bogigen Umrahmung, in einer Landschaft über der die Sonne steht, ein kleiner Postillon des Weges tragend, das Horn am Munde, im Stile etwa eines alten Silberbogens.

—Erstarrtende Zahlen. Das Reichsministerium des Innern veröffentlicht eine Statistik über die maulmäßliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Deutschen Reich. Demnach beträgt die Zahl der Geschlechtskranken ungefähr 6 Millionen, mit anderen Worten: jeder zehnte Deutsche ist geschlechtskrank, wobei zu bedenken ist, daß die Statistik nicht alle Geschlechtskranken erfassen kann. In Berlin war unter den Besuchern der ärztlichen Beratungsstellen fast die Hälfte verheiratet: 42 Prozent der Männer und 41 Prozent der Frauen. Die Rückwirkung auf das Familienleben und den Kindererwerb kann man sich denken. — Noch viel schlimmer sind die Verhältnisse in Frankreich. Das französische Kriegsministerium veröffentlicht statistische Angaben über die Verbreitung der Syphilis in Frankreich und seinen Kolonien. Jeder vierte Mensch ist dort syphilitisch erkrankt. Wenn man Kinder und ältere Leute ausschließt, so ergibt sich, daß in Frankreich und seinen Kolonien mindestens jeder zweite in den besten Jahren stehende Mensch syphilitisch erkrankt ist. Im Lauf des Kriegs mußten 75.000 französische Soldaten, die frisch erkrankt waren, als dienstuntauglich in die Heimat geschickt und 80.000 Frauen in Seuchenlager gebracht werden. Die Sterblichkeitsziffer für derartige Kranke beträgt in Frankreich und seinen Kolonien 50—60 Prozent mehr als die normale Sterblichkeitsziffer.

—Nagold, 7. April. (Gemeinderat.) Die Tagesordnung umschloß eine bunte Folge von nicht miteinander in direkter Beziehung stehender Fragen. Zu Beginn der Verhandlungen stellte der Stadtvorstand auf die Beschwerde im Geschäftsbereich betreffs mangelhafter, zu sparsamer Beleuchtung der Bahnhofstraße fest, daß dieser Vorwurf nicht die Stadt treffen könne, weil städtischerseits stets die Straße richtig und genügend beleuchtet werde. Es könne sich nur um den Teil des Bahnhofzugangs handeln, der seitens der Bahnverwaltung mit Licht zu versehen sei. Mit regem Interesse und Dank wurde der Jahresbericht des Bibliothekars der Volksbibliothek, Herrn Mittelschullehrer Sandler, entgegengenommen. Aus diesem eingehenden Bericht sind zwei Tatsachen als ganz besonders erfreulich festzustellen, zunächst die, daß, namentlich seit Herausgabe des Katalogs eine steigende Frequenz der Bücherei zu verzeichnen ist mit 4629 Neuerwerbungen als im Jahr zuvor und ferner, daß, mehr als früher, auch Werke wissenschaftlicher Art bestellt werden neben der Unterhaltungsliteratur. Demnächst werden die Bibliothek für die Volksbibliothek werden auch den Semina-Übungsstellen und den Real- und Lateinschulen Platzgebregelungen von der Stadt gepend. Längere Erörterungen verlangten eine Gewerbeschulstagen. Zunächst mußten für verschiedene Mitglieder 6 neue Mitglieder des Gewerbeausschusses gewählt werden. Es sind dies die Herren Metzgermeister Häbler, Gemeinderat und Kettenmacher Jg. Schreinermeister Siedel, Schuhmachermeister Schwan, Uhrmachermeister Sänther. Einem Wünsche der Schulvorstandschast entsprechend werden als Vertreter für die kaufmännische Abteilung der Gewerbeschule die Herren Bankkassier Dolmetsch und Seifenfabrikant Hart, für schultechnische Fragen Gemeinderat Weinbrenner gewählt. Da der Besuch der Gewerbeschule 320 Handwerkslehrlinge und 25 kaufmännische Lehrlinge aufweist, so wird dem An-

finnen noch Genehmigung eines unabhängigen Hilfslehrers, gemeinsam mit Calw, aber mit Wohnsitz in Nagold ein-sprechen. Den Rest von 27 Ueberstunden übernehmen andere hiesige Lehrkräfte. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis davon, daß das Kultministerium vorläufig eine höhere Note für die Präparandenstellung nicht anweisen kann. Der Erfolg für ab-gängige und defekte Feuerwehrausrüstungsgegenstände wird debattiert. Das nicht mehr benötigte Signalweiss auf dem alten Kirchturn wird dem Offizier von Uhrmacher-meister Püntner zugewiesen. In einer Gastpflichtsache wegen Sachbeschädigung durch einen Sifrostwagen wird einem Ver-gleich zugestimmt. Reste von Kasernen-eigenständen und Bettzeug, die bisher zurückgehalten worden sind, sollen an Winder-beim alte abgegeben werden. Mit Befriedigung wird Kenntnis genommen von der Mitteilung, daß die Eisenbahnwünsche seitens der Generaldirektion hinsichtlich erfüllt werden wollen. Um den voll gerechtfertigten Wünschen der Bezirksorte betr. Frühanschluß in Nagold Ausdruck zu geben, wird das Stadt-schaubild bei dem Bauamt beantragt, in letzter Stunde weitere dring-liche Vorträge bei der Generaldirektion einzureichen unter Mitunterstützung anderer beteiligter Korporationen. Dem Versorgungsamt Calw sollen als Sprechstube für Nagold die Marktlage und je der erste Samstag des Monats vorzu-schlagen werden. Der bisherige Freidankführer setzt den Ge-meinderat davon in Kenntnis, daß er altershalber dieses Amt nicht mehr zu versehen vermöge und bittet um Bestallung eines Nachfolgers.

**Stuttart, 7. April. (Ehrenurkunden.)** Der Verein Württ. Zeitungsverleger hat anlässlich seines 10-jährigen Bestehens seinen beiden Vorsitzenden, Dr. jur. Wolf-Oberndorf und Direktor Karl Esser in Stutt-gart, künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunden in Aussicht gestellt und dieser Tage überreichen lassen.

**Stuttart, 7. April. (Das Gebäudebrandver-sicherungsgesetz im Ausblick.)** Der Ausblick für innere Verwaltung beriet gestern den Entwurf einer Änderung des Gebäudebrandversicherungsgesetzes als vor-läufige Regelung. Er fand ohne wesentliche Änderung Annahme. Ein Antrag Reber (U.S.P.), in Artikel 1 einzufügen, daß die durch Erdbeben, Sturm oder ähn-liche Naturereignisse, sowie durch Blühschlag verursachten Schäden zu ersetzen sein, fand in der Form eines An-trags Scherf Annahme, die die Schadenspunkte bei der Neu-bearbeitung des Gesetzes zu berücksichtigen. Zu Artikel 5 wurde ein Antrag des Zentrums angenommen, die Grenze für den Zuschlag von 400 auf 500 Prozent und die Feuerungsversicherung auf weitere 400 Prozent festzu-setzen.

**Stuttart, 7. April. (Konfessionelle Gestal-tung der Grundschule.)** Der Vorstand des Württ. Lehrervereins hat beim Reichsminister des Innern dagegen Einspruch erhoben, daß in Folge des Grundschulgesetzes Schüler und Lehrer, die bisher an simultanen Schulen arbeiteten, gezwungen sind, konfessionell getrennte Grund-schulklassen zu besuchen bzw. zu übernehmen. Der Reichs-minister des Innern hat nach Verhandlungen mit dem Württ. Kultminister den Einspruch abgewiesen und er-klärt, daß es den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht widerspricht, wenn alle Grundschulklassen konfessionell ein-richtet werden.

**Stuttart, 7. April. (Die Wirkung der mit-teldeutschen Aufrührerbewegung auf Würt-temberg.)** Von zusehender Seite wird u. a. mit-geteilt: Auch die Leitung des Bezirks Württemberg der Kommunistischen Partei hat auf Weisung verübt, Württemberg mit in den Aufrührer hineinzureichen, jeden-falls aber die Unterdrückung des Aufrührers in Mittel-deutschland zu verhindern. In geheimen und öffent-lichen Versammlungen u. durch Flugblätter, Aufrufe, Hand-zettel und Demonstrationen wurde das Proletariat zur Aktion aufgehet. In einem Fall diente dem „Kom-munist“ eine geheime Sondernummer dazu, den In-halt einer reichslegendären Nummer unter die Menge zu bringen. Die Polizei beschlagnahmte deshalb vor-übergehend wichtige Druckmaschinenteile der kommuni-stischen Druckereien. Eine Anzahl mittler in der Be-wegung sich über wärt. Kommunistenführer wurde unter dem Verdacht der Unterstützung der Aufrührerbewegung wegen Verhale zum Hochverrat vorläufig festgenommen. Wenn es in Württemberg nicht zur Stilllegung des wirt-schaftlichen Lebens oder gar zu größeren Aufrührer-bewegungen gekommen ist, so ist dies dem sofortigen energischen Eingreifen der Behörden und der Ruhe und Besonnenheit des weitläufig überwiegend-n Teils der Arbeiterchaft zu-schreiben. Die Kommunisten hatten eine starke Bewei-pung der Reichswehr mit Nachrichten über Trup-penbewegungen eingerichtet. In verschiedenen Orten Württembergs sind Flugblätter an Soldaten und Polizei-beamte mit Auforderung zur Gehorsamsverweigerung und Anreizung zur Fahnenverweigerung worden. Ebenso sind mehrere Fälle von Anschlüssen auf Truppen-transporte und Eisenbahnen erfolgt. So wurde bei Am-tetten auf den Bahnkörper eine Mine gelegt, Signaldrähte bei Aberg durchschnitten und ein Militärtransport bei Bietigheim beschossen. In Ludwigsburg wurden Spreng-ladungen gestohlen. Untersuchung ist im Gang. Die augen-blickliche Ruhe darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß das einmal entzündete Feuer unter der Erde sorgfältig und in Bälde neue Nahrung erhalten und wieder aufstammen kann.

**Stuttart, 7. April. (Die Steinersche Gei-teswissenschaft.)** Im überlitten Niederhallaesal sprach gestern Abend General v. Gleich-Ludwigsburg über und gegen die von Rudolf Steiner eingeführte „Geisteswissenschaft“. Er wies nach, daß diese Wissen-schaft der „Antroposophie“ nicht neu sei. Seine Go-danken habe sich Steiner bei dem Spiritualisten Lieb-kecht geholt. Er sei über Nacht vom Monisten zum Theosophen und Antroposophen, vom Monarchisten nach

der Revolution zum Republikaner geworden. Wenn Stei-ner sich auf Göthe berufe, so beweise das, daß er Göthe nicht verstehe. Der Zukunftsstaat der Anthroposophen sei das bolschewistische Chaos; mit Christentum und Deutschtum habe diese Lehre nicht das mindeste mehr zu tun. Die Zerspaltung der staatlichen Einheit in drei voneinander unabhängige, gegeneinander wirkende Glieder der Wirtschaft, des Rechts und des Geisteslebens macht den Staat überhaupt unmöglich. Bei der Ab-kündigung in Oberschlesien haben diese „Antroposophen“ die Stimmenthaltung gepredigt. Durch die Lehre werde Haber und Jernwärsnis in die Familie getragen. Der Vortrag war auch zahlreich von Anhängern Steiners besucht, von denen einige die Angriffe des Generals v. Gleich abzuwehren suchten. Die vierstündige Ver-sammlung wurde mehr und mehr von einer erregten Stimmung beherrscht. Von Interesse waren die Mit-teilungen, daß der Reichsminister Dr. Simons kürz-lich bei seinem Aufenthalt in Stuttgart die Waldorfschule Steiners besuchte und daß es im Frühjahr 1919 drauf und dran war, daß Württemberg ein Ministerium Steiner erhielt.

**Schramberg, 7. April. (Das Gewissen.)** An-genehm überrascht wurde der Besitzer einer hiesigen Gast-wirtschaft, als ihm der Briefträger 200 Mk. ins Haus brachte, die ihm durch Vermittlung des kath. Stadt-pfarramts zugesandt wurden. Der Betrag war ihm vor-längerer Zeit gestohlen worden.

**Stuttart, 7. April. (Anfrage wegen der Saatkarten.)** Die Abgg. Köner und Rager (B.V.) haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß die Kommunalverbände unübliche Schwierigkeiten bei der Ausstellung von Saat-karten machen und deshalb von vielen Landwirten Acker-ländchen nicht angepflanz werden können? Ist die Regierung nicht in der Lage, darauf hinzuwirken, daß insbesondere die kleinen Landwirte, die unbedingt auf Zulauf von Saatgut angewiesen sind, sofort und ohne Schwierigkeiten Saatkarten ausgestellt erhalten?

**Heilbronn, 7. April. (So ist's recht!)** Die Arbeiterchaft und die Angestellten des hiesigen Salzwerks haben den Verdienstbeitrag für eine Stunde Arbeitsleistung, der vom Salzwerk auf 7000 Mark verdoppelt wurde, für die Minderhelfer der Bezirke Heilbronn, Redarjulm und Weisberg bestimmt.

**Heilbronn, 7. April. (Wühende Trauben.)** Ein Kucosum seltener Art ist hier zu sehen. An der Kammer des Bäckers und Wirts Gustav Nischelher gibt es schon Trauben mit Blütenanlag.

**Urach, 7. April. (Verirrte Kugel.)** Ein In-fanteriegekösch durchschlug das Wohnzimmerfenster des Feilenhauermeisters Fuß und prallte an der eisernen Stange eines Blumenstisches ab. Zum Glück wurde nie-mand verletzt, obwohl die Frau des Hausbesizers sich in unmittelbarer Nähe befand. Woher das Geschöß kam, weiß niemand.

**Bermischtes.**

**Vermählung im Hause Urach.** Im Schloß Te-gernsee hat am Dienstag in aller Stille die Vermählung der Fürstin Elisabeth von Urach, der ältesten Tochter des Herzogs Wilhelm von Urach, mit dem zukünftigen Regenten des Fürstentums Vichstenstein, dem Prinzen Karl von und zu Vichstenstein, stattgefunden. Die Einsegnung wurde durch den jüngeren Bruder des Bräutigams, den Benediktinerpater Adesons (Franz Graf von Vichstenstein) vollzogen.

**Merkwürdige Gerichte.** Der Pariser, der über-haupt für exotische Gerichte große Vorliebe hat, sagt in dieser Zeit der Fleischverweigerung seinem Speisezettel allerlei Fleischgerichte bei, die wir nicht kennen. So soll man dort für billiges Geld Fische, Krille, Dachs und Eichhörnchen bekommen, die alle einen schwachhaften Bra-ken abgeben. Während der Belagerung von 1870 haben die Pariser bekanntlich auch Hunde, Katzen und Ratten als Delikatessen verspeist. Aber unter dem Zwang der Hungersnot ist man weniger wählerisch. Die „Geschmäcker“ sind aber verschieden, und in anderen Teilen der Erde sind Gerichte beliebt, die uns sehr merkwürdig anmuten. Aus seiner reichen Erfahrung als Reisender und Jäger plaudert darüber der Brigadegeneral R. G. Burton. „Der Tiger würde die Fleischstücke verschmähen“, schreibt er, „die die Hyäne und ebenso der Schotte in seinen berüchtigten Hochzeitsgästen mit Vie-gierde zu sich nehmen. Ein Mohammedaner würde lieber sterben als Schweinefleisch essen, und dem Hindu graut vor Rindfleisch, aber das sind Dinge, die weniger mit dem Geschmack als mit der Religion zu tun haben. Den Menschenentzern schmeckt das Fleisch des Weizens entweder zu „schalzig“ oder auch zu fade, und sie ziehen ihre Landsleute als Rahtzeit vor, was schon manchem euro-päischen Reisenden zum Glück ausgefallen ist. In Birma essen die Eingeborenen versauzte Fische. Ich habe in Westindien mit großem Begehren eine Cichorienart, Igwana, gegessen und in Indien Stachelhäutleinoraten. Ein Stück Warendschinken, in einer Moskauer Hotellüche zubereitet, ist ein erlesener Genuß. Ich habe Tigerleber in Pfefferjauce mit viel Bergnügen gekostet, und für die Eingeborenen sind Tigerleber ein Festessen. Das Fleisch der Krokodile, die ich am Nahr-Flusse im westlichen Indien köstete, wurde von den Vandalen sofort verspeist, obwohl sich in dem Magen eines der Tiere ein Armband fand, ein Beweis dafür, daß es einen Menschen verzehrt hatte. Die Soldaten in Indien essen mit Vorliebe „Flughunde“, eine Fledermausart, und erklären, sie schmeckten wie Schneisen.“

**35 Millionen Menschenverluste in Europa.**

Die „Studiengesellschaft für soziale Folgen des Kriegs“ in Kopenhagen, die allerdings stark schwarzfärbend ist, hat eine neue Arbeit herausgegeben: „Die Bevölkerungs-bewegung im Weltkrieg“ von Christian Döring. Diese statistische Studie kommt zu dem Ergebnis, daß Europa vom Beginn des Kriegs bis Mitte 1919 etwa 35 Mil-lionen Menschen verloren habe, wovon 20 Millionen auf den Geburtenrückgang, der überall groß ist, und 15 Mil-lionen auf Kriegsgefallene und auf die vermehrte Sterb-lichkeit in der Heimat entfallen. Der Ueberschuß des weiblichen Geschlechts in Europa hat sich von 5,2 auf 15 Millionen vermehrt. Für die einzelnen Länder er-geben sich folgende Verlustziffern:

	Geburten- verlust	Zunahme der Sterblichkeit	Darunter Kriegs- gefallene	Gesamt- verlust
Deutschland	3 600 000	2 700 000	2 000 000	6 300 000
Oesterreich-Ungarn	3 800 000	2 000 000	1 500 000	5 800 000
Großbritannien und Irland	450 000	1 000 000	800 000	1 850 000
Frankreich	1 500 000	1 840 000	1 400 000	3 340 000
Italien	1 400 000	880 000	600 000	2 280 000
Belgien	175 000	200 000	115 000	375 000
Bulgarien	155 000	120 000	65 000	275 000
Rumänien	150 000	380 000	150 000	510 000
Serbien	320 000	1 330 000	680 000	1 650 000
Europ. Rußland mit Polen	8 200 000	4 700 000	2 500 000	13 000 000
<b>Zusammen</b>	<b>20 220 000</b>	<b>15 130 000</b>	<b>9 820 000</b>	<b>35 380 000</b>

**Rückgang der Eheschließungen in Amerika.**

Nach den Feststellungen des Heiratsregistrierbüros in Bos-ton — die Gesetzgebung des Staats Massachusetts wie die anderer Einzelstaaten in der Union stellt ganz be-stimmte Anforderungen an die Heiratskandidaten — ist die Zahl der Eheschließungen in gewissen Bevölkerungsklassen in die Höhe gegangen, in anderen dagegen zusammengebrochen. Von den ersten 500 Heiratsregistrierungen, die von der Behörde in Boston ausgestellt wurden, sind nur 38 Männern erteilt worden, die Angehörige in kaufmännischen Geschäften waren.

Seit dem August 1914 bis zum Eintritt der Vereinigten Staa-ten in den Feuerkampf sind die Lebenskosten in Nord-amerika folgendermaßen gestiegen: für Kleidung um 100 Proz., für Nahrungsmittel um 90 Proz., für verschiedene Lebens-bedürfnisse um 63 Proz., für Heizung, Brennstoffe und Licht um 51 Proz., für Wohnungen um 28 Proz. Die Arbeiter-löhne haben mit dieser Erhöhung der Unkosten Schritt ge-halten. Nicht aber die kaufmännischen Ange-stellten und noch weniger die der geistigen Berufe. Nun hatte die Heiratslust schon im letzten Menschenalter gerade in den Neuengland-Staaten, die als das Rückgrat des eigentlichen Nordamerika gelten, bedeutend abgenommen. Die jungen Mäd-chen empfanden häufig wenig Lust, sich in das Joch der Ehe zu begeben, da sie als Unverheiratete von allen Seiten auf Hän-den getragen wurden. Es war eine allgemeine Klage, daß des-halb die Zahl der Eheschließungen und noch mehr die Geburten-ziffer der eigentlichen amerikanischen Bevölkerungskategorie empfindliche Rückschläge erlitt. So man kann von einer wirklichen Bevölkerungsvermehrung in diesen Landteilen für die einge-borenen amerikanischen Bevölkerung überhaupt nicht mehr spre-chen. Wären nicht Einwanderer zu Hunderttausenden ins Land gekommen, so hätten die Volkszählungen im Nord-osten der Vereinigten Staaten einen leisen Rückgang der Volks-zahl verzeichnen müssen. Erst nach dem Krieg die Einwanderung von neuem ein, so ist unter den heutigen Verhältnissen anzu-nehmen, daß der Rückgang der eingeborenen amerikanischen Bevölkerungskategorie noch stärker in Erscheinung tritt.

Vor zwei Jahrhunderten lagen die Dinge anders. Damals war jeder Mann verheiratet, und ebenso blühte fast allen Frauen der Garten der Ehe. Heute ist das anders. Die Amerikanerin scheint sich in wachsendem Maße damit abfinden zu müssen, daß die männliche Bevölkerung (zumal des Mittelstands) nicht mehr in der Lage ist, zu heiraten, nachdem sie selbst seit etwa 30 Jahren ihre Ansprüche an die Bequemlichkeiten der Lebens-führung so gesteigert hatte, daß ihre Heiratslust sprichwörtlich geworden war. Bedrohlich werden die Dinge vor allem dadurch, daß auch unter den zurückkehrenden Soldaten ausgesprochen Heiratsunlust zu beobachten ist.

**Handel und Verkehr.**

**Stuttart, 7. April. (Schlachthofmarkt.)** Dem Donnerstagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof wa-ren zugeführt: 120 Ochsen, 15 Bullen, 200 Jungbül-len, 259 Jungriinder, 442 Röhre, 286 Kälber, 288 Schweine, 5 Hammel. Für 1 Jtr. Lebendgewicht wur-den bezahlt: Ochsen erste Qualität 660—720, zweite 450—600, Bullen erste 520—570, zweite 400—500, Jungriinder erste 670—720, zweite 500—620, dritte 220—480, Röhre erste 520—620, zweite 350—460, dritte 400—300, Kälber erste 750—800, zweite 670—720, dritte 560—650, Schweine erste 1060—1120, zweite 1000—1050, dritte 900—950, Hammelfleisch 1000 Mk. Verkauf des Marktes: langsam.

**Letzte Nachrichten.**

**W.B. Berlin, 7. April.** Die deutsche Regierung hat der interalliierten Kommission in Opp'n u. d. den alliierten Regierungen ein Note über die ob-rheinische Frage über-reicht und darn ein angelegtes Ober-rhein für Deutsch-land auf Grund des Abstimmungs-ergebnisses verlangt.

**W.B. Berlin, 7. April.** Die der deutschen Note be-ziehend Ober-rhein in der zweiten Anlage beigegebene Dankschrift enthält umfangreiches Material über die polnischen Wahlbeeinflussungen und hat den Umfang eines dicken Buches. Aus dem ihr beigegebenen Bo wort ist zu ent-nehmen, daß überall da, wo sich die Bevölkerung schuflos fühlte und das Eintreten für die deutsche Sache eine Gefahr für Leben und Eigentum bildete, die Abstimmung besonders bee-trächtigt war.

Das Vorwort der Dankschrift erinnert auch an den schweren Mißbrauch, den polnisch denkende Geislliche mit der Religion getrieben haben und schließl: Die Drohungen und Wahbeeinflussungen haben eine derart starke

Wirkung auf die seit Wochen verängstigte und schuldlos gelassene Bevölkerung ausgeübt, daß die Abklimmung in den Terrorzeiten nicht als Ausdruck eines freien und unbefangenen Volkswirtschafts angesehen werden kann.

WTB. Berlin, 7. April. Die Denkschrift über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland weist nach, daß die oberösterreichische Industrie mit dem Deutschen Reich auf das Innigste verbunden ist und nicht ohne schwerste Schädigung dieser Industrie losgelöst werden könne.

In einer anderen Anlage wird eingehend die innige Zusammengehörigkeit der in ganz Oberösterreich zerstreuten Werke dargestellt, die eine Teilung in keiner Weise zulassen.

WTB. London, 8. April. (Reuter.) Die Verhandlungen der Bergarbeiter mit der Regierung sind abgebrochen worden infolge der Weigerung der Bergarbeiter, den Pumpmannschaften zu gestatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, es sei denn, daß das Lohnsystem den Bergleuten im Hinblick auf ihre jetzige außerordentlich schwierige Lage Garantien schenkt. Sowohl die Eisenbahner als auch die Transportarbeiter erwarten die Streikparole für heute. Das Land steht infolgedessen vor der gewaltigsten industriellen Bewegung seiner Geschichte.

WTB. London, 8. April. Den Blättern zufolge ist ein kombinierter Streik der Eisenbahner u. Transportarbeiter zur Unterstützung der Bergarbeiter höchstwahrscheinlich. Der „Star“ meldet, daß es in verschiedenen Bergwerks-

bezirken zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Arbeitswilligen kam.

WTB. Paris, 8. April. Nach einer Hauss-Meldung aus Maila sind vorzuletzt zwei englische Regimenter plötzlich nach England beordert worden.

WTB. Berlin, 7. April. Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus München ist dort und in der Umgebung vergangene Nacht starker Schneefall eingetreten. Der Schnee liegt durchschnittlich acht bis zehn Zentimeter hoch.

WTB. Berlin, 8. April. Die „Berliner Tageblatt“ aus Lugano meldet, daß der Minister des Auswärtigen Dr. Simonis gestern nach Ablauf seines Osterurlaubes im Kanton Tessin die Heimreise über Bern angetreten.

WTB. Berlin, 8. April. Nach dem „Berliner Tageblatt“ ist am Mittwoch Fürst Bismarck in Rom eingetroffen und hat die Villa Malta bezogen, wo er sich einige Wochen aufhalten wird.

WTB. Berlin, 8. April. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ ist im belgischen Gebiet angeordnet worden, daß die Militärkommandanten in jedem Ort Visten über die ansässigen Kommunisten führen. Kommunistische Betriebsräte werden nicht geduldet. Kommunistische Blätter sind nicht zugelassen.

WTB. Berlin, 8. April. Auch die gestrigen interkationellen Besprechungen über die Regierungsbildung in Preußen haben zu keinem Ergebnis geführt.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, ist es so gut wie sicher, daß man den Ausweg eines Geschäftsministeriums wird wählen müssen.

WTB. Bern, 7. April. Der Nationalrat fehrte seine Debatte über die Stellung der Schweiz in der Völkischen Arbeiterkonferenz fort. Er lehnte mit großer Mehrheit den Beitritt zur Konvention betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich ab.

WTB. Genf, 7. April. Die internationale Rote Kreuz-Konferenz beendet am Donnerstag ihre Beratungen.

WTB. Athen, 8. April. Die Offiziere und Unteroffiziere der Kavallerie der Jahrgänge 1910 bis 1913 werden zu den Waffen gerufen. Die Kriegsberichterstatter erklären die griechische militärische Lage für befriedigend.

WTB. London, 8. April. Reuter erzählt, daß an den britischen Vertreter in der Rheinlandkommission telegraphisch Instruktionen ergangen sind, sofort die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen bezüglich des Zollregimes in der oom Postkonferenz beschlossenen Weise in Tätigkeit treten zu lassen.

**Wetter.**

Zwar nimmt wieder der Hochdruck zu, aber eine neue Siedung wird ihn nicht aufkommen lassen, sondern auch am Samstag und Sonntag das Wetter vorwiegend neblig gestalten

**Unsere Zeitung bestellen!**

Druck und Verlag der W. Niefer'schen Buchdruckerei Aktien-Ges. für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolf Niefer

**Wichtig für Kriegsbeschädigte u. Hinterbliebene.**

Am 20. April 1921 ist ein Beamter des Versorgungsamts Calw bei der Bezirksfürsorgestelle in Nagold anwesend und erteilt in der Zeit von 8-12 Uhr Vormittags und 2-6 Uhr Nachmittags Auskunft und nimmt Anträge in Versorgungsangelegenheiten entgegen.

Den Auskunfts- oder Versorgungsbegehrenden wird empfohlen, ihr Erscheinen dem Versorgungsamt Calw so frühzeitig anzuzeigen, daß sich eine erschöpfende Auskunft ermöglichen läßt.

**Versorgungsamt Calw.**

**Ia Blaubeurer  
Dungkalk**  
aus frischer Ladung empfohlen  
**Veeh & Ziegler**  
G. Schneiders Nachfolger  
Telefon Nr. 9

Altensteig.  
**Breite Nudla** wieß wie d'Handel  
**Suppa-Nudla**, Hausman's Schnitt —  
Jest langsam nemme a mit Gänbel  
Wan d'ös hau kisch wie da witt!  
**Raccaroni**, dünne, dicke,  
Mittlere ond linge Stücke,  
Schöne Hörule ond Spaghetti,  
**Teigwar' billig**, ja dös härt!  
Zum Verkauf jezt grad gnuu'  
Darum bitte! sprecht no zua  
Kommet rei bei Tür ond Tor  
Zum **Fritz Bühler junior.**

Egenhansen.  
**Dankfagung.**  
  
Für die vielen Beweise wohlthuerender Teilnahme, während der Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Groß- und Schwiegermutter  
**Barbara Stichel**  
für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, den ich senden Selang des Jungfrauenchores u. die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte dankt herzlich  
im Namen der trauernden Hinterbliebenen der Witte:  
**Georg Stichel.**

Inserate für die morgige Samstagnummer bitten wir frühzeitig aufzugeben.

Altensteig.  
**Ia dänischer  
Goudakäse**  
m. 20% Vollmilch-Zusatz  
I. Qualität  
1 Pfund Mt. 15.—  
II. Qualität  
1 Pfund Mt. 10.—  
frisch eingetroffen bei  
**Chr. Burghard jr.**

Altensteig.  
Biete an: Einfarbigen  
**Zephir**  
für Hemden, Blusen u. feines  
Putz, per Dtz. Mt. 11.50.  
**Hans Schmidt.**

Als Verlobte grüssen  
**Emma Pfeifle**  
**Georg Kalmbach**  
Göttelfingen Zumweiler  
April 1921.

**Schwarzwald-Drogerie Altensteig** Tel. 41.  
empfeilt billigt alle Sorten  
gute feinstehige  
**Gartenjämereien**  
und  
**Steckzwiebel.**

Simmersfeld.  
**Sommer-  
Kopftüchle**  
mit farbigem Rand und  
Blumen empfiehlt  
**Jakob Hanfelmann.**

Altensteig.  
**Dunkelblaues  
Kostüm**  
billig zu verkaufen.  
Wähl Nr. 225 1.

Altensteig.  
Einen tüchtigen  
**Pferdeknecht**  
sucht  
**A. Hehr.**

Jüngerer  
**Dienstmädchen**  
mit häuslichem Sinn, zu al-  
baldigem Eintritt gesucht.  
**G. Herm. Leiser, Lehr**  
Weinbdlg.

Orientliches  
**Mädchen**  
für kleinen Haushalt gesucht  
von  
**Frau Ernst Moser**  
Altensteig.

**Zwei brave Mädchen**  
für alles, nicht unter 18 Jahren,  
bei 70 Mt. Anfangs-Monats-  
lohn; jeden Monat 10 Mt.  
steigend, u. guter Kost sofort  
gesucht. Eilbrief-Angebote.  
**Reformschule Wildbad.**

Ein 17 jähriger  
**Junge**  
sucht Stelle in der Landwirt-  
schaft. Wer? — sagt die  
Geschäftsstelle ds. Bl.  
**Zu kaufen gesucht**  
ein gebrauchtes aber noch gut  
erhaltenes Klavier oder  
Harmonium, ferret  
1-2 j. Kanarienhähnen.  
Angebote an  
**R. Oehler, Gaiterbach.**

Altensteig-Stadt.  
**Kirchen-Konzert**  
am Sonntag, 10. April 1921, nachm. 5 Uhr  
in der Stadtkirche veranstaltet von Fr. Elisabeth Weißhaar, Konzertsängerin  
(Stuttgart) unter Mitwirkung von Fr. Hölzle  
(Violine) und W. Feucht (Orgel).  
**PROGRAMM:**  
1. Orgel: Präludium in C moll Töpfer.  
2. Gesang mit Violine: Ave verum Mozart.  
3. Violine mit Orgel: Air Bach.  
4. Gesang: Rezitativ u. Arie aus  
„Theodora“.  
5. Gesang mit Violine: „Die auf  
den Herrn harren“.  
6. Violine mit Orgel: Adagio u.  
Allegro aus der E dur Sonate  
7. Gesang: Arie aus „Paulus“ (Je-  
rusalem) Mendelssohn.  
8. Orgel: Gebet Wagner.  
9. Gesang: Pax vobiscum  
(Im Abendrot) Schubert.  
**Eintrittspreis 2 Mk.**  
NB. Beim Konzert werden keine besonderen  
Programme ausgegeben.

**Achtung!**  
**Zur gefälligen Beachtung!**  
Der werthen Einwohnerchaft von Wilddorf und Umgebung  
die ergebene Mitteilung, daß ich Sonntag, 10. u. Mon-  
tag 11. April meine  
**Original-Sicherheits-Schiffchankel**  
in Wilddorf zur gest. Benützung aufgestellt habe.  
**Der Besitzer.**

